## Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr



Rede des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann,

anlässlich der Podiumsdiskussion der Katholischen Akademie zur Flüchtlingspolitik

am 20. Juni 2016 in München

Es gilt das gesprochene Wort!

Guten Abend und Grüß Gott, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Dr. Schüller, vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Lieber ehemaliger Landtagspräsident

Alois Glück,
lieber Prälat Dr. Neher,
lieber Professor Meier,

Meine Damen und Herren!

Einleitende Worte

Ich bin gerne gekommen und freue mich, lieber Herr Dr. Schüller, dass ich mal wieder in der Katholischen Akademie zu Gast sein darf.

Flüchtlingspolitik: christliches Ideal und
praktische
Vernunft

Flüchtlingspolitik, christliches Ideal und praktische Vernunft, ein spannendes Thema! Die Herausforderung ist natürlich vor allen Dingen zu überlegen, wie stark kann man beide Zielsetzungen, beide Herausforderungen zur Deckung bringen. Mancher wird gerne darüber reden, darin schon von vornherein einen Wider-

spruch zu sehen. Dazu gehöre ich nicht. Ich denke, die Herausforderung ist, nicht nur bezogen auf das Thema Flüchtlingspolitik, sondern letztendlich natürlich täglich im Leben zwischen christlichem Ideal und praktischer Vernunft möglichst wenig Diskrepanz entstehen zu lassen.

digt Bedford-Strohm

Weihnachtspre- Den Nachrichten des Bayerischen Rundfunks war am letzten Weihnachtsfest zu entnehmen, dass der evangelische Landesbischof Bedford-Strohm in seiner Weihnachtspredigt darauf Bezug genommen hat, dass ja auch die Heilige Familie nach Ägypten geflohen ist und sinngemäß, dass dies doch für uns alle eine Mahnung auch zur Aufgeschlossenheit für das Schicksal von Flüchtlingen sein sollte. Ich denke, darin können wir alle übereinstimmen.

> Ich habe **gleichwohl** den Landesbischof, als ich ihn ein oder zwei Wochen später wiedergetroffen habe, darauf angesprochen, dass wenn man diesen zweifellos

richtigen Bezug nimmt, es sinnvoll ist auch in die Überlegungen mit einzubeziehen, dass nach Matthäus im zweiten Kapitel, Vers 19 bis 23, steht: "Und als die Gefahr vorbei war, kehrte die Heilige Familie wieder nach Galiläa zurück." Das gehört auch zur Botschaft des Evangeliums.

Beispiel
Jugoslawienkrieg

Ich sage das deshalb, weil man unter diesem Blickwinkel **manche Dinge** vielleicht **etwas entspannter** betrachten kann.

Wir hatten das eigentlich in unserem Land in den 90er Jahren während des Bürger-kriegs in Jugoslawien schon einmal erlebt. Damals war es im wahrsten Sinne des Wortes auch geographisch naheliegend, dass Menschen aus Jugoslawien vor diesem schrecklichen Bürgerkrieg flohen und nach Österreich und Deutschland gekommen sind – zumal es ja gerade hier auch schon viele Bekannte und Verwandte aus der Zeit der jugoslawischen Gastarbeiter gab.

Wir wissen heute aus der Statistik, dass zwei Drittel bis drei Viertel der Menschen, die Anfang der 90er Jahre als Flüchtlinge aus Jugoslawien nach Deutschland gekommen sind, nach Ende des Bürgerkriegs wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Ein paar sind hier geblieben und gut integriert worden, aber der Großteil ist in die Heimat zurückgekehrt.

Das ist übrigens auch durchaus die Abfolge von Geschehnissen, die den Regeln der Genfer Flüchtlingskonvention und auch dem subsidiären EU-Schutz zugrunde liegt. Es steht in der Genfer Flüchtlingskonvention ausdrücklich geschrieben, dass man vor einem Bürgerkrieg fliehen kann und Aufnahme erhält. Und es wird des Weiteren ausdrücklich festgehalten, dass es der Normalfall ist, dass man nach Ende des Bürgerkriegs wieder in seine Heimat zurückkehrt. Das ist wohlgemerkt keine Erfindung der Bayerischen Staatsregierung.

Aspekt in den Diskussionen gerade des letzten Dreivierteljahres ziemlich verdrängt worden ist. Wenn man das etwas stärker in den Vordergrund rückt, dann würde man sich bei manchen Diskussionen etwas einfacher tun, weil nämlich die Bereitschaft automatisch noch ein Stück größer ist, jemandem temporär Zuflucht zu gewähren – etwa während einer Naturkatastrophe oder während solcher politischer Krisen.

Zahl der Asylsuchenden

Wir hatten in unserem Land gerade in den letzten zwölf Monaten zweifellos eine besondere Herausforderung. Die Zahl der Asylsuchenden ist im letzten Jahr auf ein nie gekanntes Ausmaß gestiegen. Es waren in der Summe dann letztendlich wohl über eine Million, die über die deutschen Grenzen gekommen. Es sind nicht alle in Deutschland geblieben, aber zunächst einmal sind über eine Million über die deutschen Grenzen gekommen —wahrschein-

lich **über 90 Prozent** davon über die österreichisch-bayerische Grenze.

Aktuell sind die Zahlen massiv zurückgegangen. Derzeit werden in Bayern noch zwischen 100 und 200 Flüchtlinge pro Tag aufgegriffen, im Wesentlichen an der österreichischen Grenze. Wie das nun weitergehen wird, da will ich jetzt heute keine Prognosen anstellen.

Aber Tatsache ist, dass uns alle die Ankunft dieser einen Million im vergangenen Jahr vor enorme Herausforderungen gestellt hat. Es sind tausende von Menschen ehrenamtlich unterwegs gewesen, die sich engagiert haben. Es waren ebenso tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen, der Behörden, aber auch der Polizei im Einsatz.

Dank

Und ich will mich an dieser Stelle zunächst einmal ganz herzlich bei denen **bedanken**, die im Einsatz waren. Wir haben ein **großartiges Engagement von Ehrenamtlern**  in unserem Land erlebt. Solche die beständig fest engagiert sind, zum Beispiel bei den Maltesern oder Johannitern, beim Roten Kreuz usw., aber auch solchen, die überhaupt nicht organisiert sind, die ganz spontan gesagt haben, da kommen jetzt Menschen zu uns, die Hilfe brauchen, und dann spontan zum Bahnhof oder woanders hin geeilt sind und sich bereit erklärt haben zu helfen. Manche haben dann einen oder zwei Tage, manche auch über Wochen hinweg geholfen, immer wieder auch schon unmittelbar an den Grenzen, wo Flüchtlinge an den Bahnhöfen ankamen.

Es ist eine großartige Hilfsbereitschaft gewesen, die wir hier erleben durften. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen: Bei allem Streit über die richtige politische Richtung in diesen Fragen, haben wir in Bayern diesen Streit zu keinem Zeitpunkt auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Alle Flüchtlinge, die bei uns ankamen, sind sowohl von den Ehrenamtlern

aber auch von Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden geradezu **bestmöglich aufgenommen** worden – zumal auf diese große Zahl ja niemand vorbereitet war.

Ich will jetzt bewusst nicht über andere Länder reden und auch nicht darüber, wo denn alles schlechter gelaufen ist. Aber auch die Bundeskanzlerin hat mir persönlich zwei Mal im letzten Winter ausdrücklich gesagt, sie sei sich schon bewusst, dass es von der Organisation her bei uns besser gelaufen ist als anderswo. Also dafür zu sorgen, dass die Menschen ganz schnell ein Dach über dem Kopf, dass sie zu Essen und zu Trinken bekommen haben. Und sie hat ausdrücklich gesagt, sie sei der Auffassung, wahrscheinlich wären eine ganze Reihe von anderen Bundesländern schon längst zusammengebrochen, wenn sie das ähnliche Erstankunftsgeschehen wie Bayern zu tragen gehabt hätten. Sie bekundete ihren großen Respekt, dass wir dies in Bayern so gemeistert haben.

Mir ist es sowohl **politisch**, aber auch ganz persönlich wichtig, dass wir heute darüber reden. Denn zu allen Zeitpunkten habe ich mich gerade dafür eingesetzt, dass alle an einem Strang ziehen, um dem Menschen, der jetzt vor einem steht, zu helfen und nicht, im wahrsten Sinn des Wortes, im Regen stehen zu lassen. Und wir haben es gemeistert, für den jeweiligen da zu sein und ihm zu Essen und zu Trinken zu geben. Und wenn man es dann geschafft hat, dass der gut über die Nacht kommt, dann wurde weiter geschaut, wie es am nächsten Tag weitergehen kann. Da haben wirklich alle vorbildlich zusammen geholfen. Ich glaube, so haben das die Allermeisten, die als Flüchtlinge in unser Land gekommen sind, auch wahrgenommen.

Gewaltbereite Islamisten gen?

Bürger besorgt: Gleichzeitig bin ich natürlich als Innenminister in den letzten Monaten nach den Terroranschlägen in Paris und Brüsunter Flüchtlin- sel und den Meldungen der Polizei, dass Terroristen sich als Flüchtlinge ausgegetrolliert nach Europa zu kommen, auch immer wieder mit den Sorgen von Menschen in unserem Land konfrontiert worden. Sie machten sich Sorgen darüber, dass manche hier wochenlang kreuz und quer durch Europa mit falschen Identitäten unterwegs waren, und offensichtlich auch nach Auffassung der Sicherheitsbehörden manches sogar so gestaltet wurde, dass die ganze Flüchtlingsentwicklung diskreditiert wurde.

Grenzkontrollen Die Menschen in unserem eigenen Land haben die Sorge gehabt und haben sie auch heute noch, ob unsere Grenzen hinreichend überwacht werden und eine entsprechende Grenzkontrolle stattfindet.

Wir haben uns in Bayern nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung ab 13. September letzten Jahres wieder temporäre Grenzkontrollen eingeführt hat. Das war notwendig und richtig,

denn wir mussten wieder einigermaßen

Ordnung in dieses Geschehen bringen.

Es ist notwendig und wohlgemerkt geltendes europäisches Recht, dass jeder, der über die Grenze kommt, registriert wird.

Leider hat eine Reihe von europäischen Staaten sich schon seit längerer Zeit nicht mehr an geltendes europäisches Recht gehalten.

Gemeint sind damit der Schengen-Vertrag und das Dublin-Abkommen, die besagen, dass an den **EU-Außengrenzen** kontrolliert werden muss.

Nach dem Schengen-Vertrag darf den Schengen-Raum betreten, wer entweder EU-Bürger ist oder ein Visum für die EU hat oder an der Grenze sagt, dass er Flüchtling ist und Asyl begehrt. Im letzteren Fall muss dann schon unmittelbar an der Grenze zu dem Land, wo die Person zum ersten Mal den europäischen

Schengen-Raum betritt, seine Identität geklärt werden. Es ist ein Fingerabdruck zu nehmen. Das sind alles Details, die im geltenden europäischen Recht stehen. Und dann ist dort das Asylverfahren durchzuführen und zu prüfen, ob er einen Anspruch auf Asyl und Aufnahme in Europa hat.

Wenn aber schon dort festgestellt wird, er hat kein Anrecht auf Asyl, dann ist er vom ersten Land, wo er ankommt, wieder zurückzuführen.

Anwendung europäischen Rechts

Ich habe von Anfang an gesagt: Wir brauchen keinerlei Änderung des deutschen Asylrechts. Wir brauchen auch keinerlei Änderung des europäischen Rechts. Was da steht ist alles in Ordnung. Es muss nur angewandt werden.

Die Probleme, die wir im vergangenen Jahr allein auch organisatorischer Art, hatten, sind darauf zurückzuführen, dass sich eine ganze Reihe von europäischen Ländern

schon seit einiger Zeit ständig über geltendes europäisches Recht hinweggesetzt hat.

Inseln das statt, was nach europäischem Recht eigentlich schon seit Jahren hätte stattfinden müssen. Auch wenn jemand auf einer griechischen Insel ankommt, ist dort das Verfahren durchzuführen. Einfach durchwinken, egal ob einer überhaupt berechtigt ist oder nicht, das entspricht nicht geltendem europäischen Recht. Und dieses Problem hatten wir leider.

Erst nachdem die Mazedonier die Grenze zugemacht haben, ist der Druck auf die griechische Regierung entstanden, Schluss zu machen mit dem Durchwinken und wieder geltendes europäisches Recht an den europäischen Außengrenzen anzuwenden.

Es hat einen griechischen Migrationsminister gegeben, der vor ein paar Monaten erklärt hat, die griechischen Außengrenzen könne man überhaupt nicht richtig schützen. Das ist aber leider wieder ein typisches Problem für manche Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich bin ein großer Fan der Europäischen Union, aber auch wenn man voller Begeisterung für die europäische Einigung ist, muss man Fehlentwicklungen beim Namen nennen.

Beim Schengen-Raum muss niemand dabei sein. Der Schengen-Raum ist keine Verpflichtung für alle EU-Länder. Jedes EU-Land entscheidet selbst, ob es beim Schengen-Abkommen dabei sein will. Aber wenn es dabei sein will, dann gibt es keine Binnengrenzkontrollen mehr zu diesem Land. Gleichzeitig hat dieses Land aber die Verpflichtung, seine Außengrenzen umso stärker zu schützen.

Ich will mich hier gar nicht fachlich darüber verbreiten, ob man die **griechischen** 

Grenzen schützen kann oder nicht. Aber was nicht geht ist, dass ich als Land einerseits beim Schengen-Abkommen dabei sein will, weil das gut für den Tourismus in Griechenland ist aber bei den Verpflichtungen, die ich damit gleichzeitig eingehe, sag ich dann hinterher, das kann ich ja gar nicht erfüllen. Das ist genau einer der Gründe, weshalb Europa im Moment insgesamt Probleme hat.

Einigung weiter vorangeht. Ich bin ganz energisch dafür. Aber es kann nur funktionieren, wenn sich alle auch immer an die vereinbarten Spielregeln halten. Denn wenn jeder macht, was er mag, ist dies keine Basis für einen auf Dauer ausgelegten Vertrag oder eine vertiefte Zusammenarbeit. Das ist leider auch an diesem Thema deutlich geworden.

Jetzt haben wir wieder eine Situation, wo jedenfalls einigermaßen an den **griechischen Außengrenzen** kontrolliert wird, wo in Süditalien kontrolliert wird, wo Menschen registriert werden.

Länder mit den Flüchtlingen nicht allein lassen. Keiner kann erwarten, dass Tausende von berechtigten Flüchtlingen auf Dauer alle in Lampedusa, Sizilien oder auf Lesbos bleiben. Darüber muss man reden. Aber man kann solche Probleme nicht dadurch lösen, dass man sich einfach über geltendes Recht hinwegsetzt. Das kann nicht funktionieren.

Ergebnis der Situation, die wir in unserem Land im letzten Herbst hatten, sind diese über eine Million von Flüchtlingen, von denen einige inzwischen weitergereist sind. Im Moment haben wir in Bayern 150.000 Menschen in den Asylbewerberunterkünften. Die große Mehrheit von ihnen wartet noch auf einen endgültigen Bescheid. Einige sind schon wieder heimgeschickt worden, andere sind schon anerkannt.

150.000! Ich lass mal dahingestellt, wieviel jetzt alle anerkannt werden oder nicht.

Aber ich will einfach mal auf die Dimension hinweisen. In Bayern ist das mathematisch in etwa auch der Anteil, den wir an dem Gesamtaufkommen von einer Million hätten.

150.000 in einem Jahr! Daran wird deutlich, meine Damen und Herren, es geht nicht darum, ob ich für 150.000 Menschen das Essen und Trinken am ersten Tag, am zweiten, am dritten und vierten organisiere, dass ich auch für jeden eine ordentliche Schlafstatt unter einem ordentlichen Dach bekomme.

Die Frage ist vielmehr, wie wollen wir die, die bleiben dürfen, ordentlich integrieren. Wo haben sie zumindest nächstes Jahr ihre Wohnung, wo haben sie ihren Arbeitsplatz, wo gehen die Kinder in die Schule, wo haben die Kinder ihren Kindergarten.

Wenn ich 150.000 Menschen integrieren will, sind das mehr als zum Beispiel die Stadt Regensburg Einwohner hat. Wenn sich das so fortsetzen würde über die nächsten Jahre, dann hieße das, dass jedes Jahr die Infrastruktur einer Stadt wie Regensburg neu in die Landschaft gestellt werden müsste.

Ich denke, schon an diesem praktischen
Beispiel wird deutlich, dass wenn man
Integration ernst nimmt, das wirklich in der
Gesamtzahl einfach zu viele werden. Mir
geht es nicht darum, eine spezielle Zahl zu
definieren und zu sagen, so viele dürfen es
sein, das andere sind zu viel. Aber den
Eindruck zu erwecken als ob das beliebig erweiterbar wäre, das wäre falsch.

Unser Bundespräsident hat das vor ein paar Monaten so formuliert: "Ja, das sei unser Dilemma. Wir wollen helfen, unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich".

Er hat damit sehr treffend zum Ausdruck gebracht, wo die eigentlichen Probleme liegen. Es geht nicht darum, dass wir nicht helfen wollen. Es geht schon gar nicht darum, dass wir niemandem helfen wollen. Aber es geht darum, dass wir uns der Grenzen von Hilfsmöglichkeiten schließlich auch bewusst werden.

Bekämpfung der Fluchtursachen, Entwicklungshilfe Ich will aus Zeitgründen nur noch ein Stichwort in den Raum stellen, dass wir uns viel stärker mit dem Thema Flucht-ursachenbekämpfung beschäftigen. Es ist wichtig, dass wir auch zusammen mit unseren europäischen Partnern unsere Entwicklungshilfepolitik mit unserer Wirtschafts- und Außenpolitik besser verzahnen. Wir müssen in der Tat wesentlich mehr Geld für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen und dies nicht nur in Sonntagsreden immer wieder wohlfeil deklamieren. Es muss auch tatsächlich stattfinden.

Denn mit den gleichen tausend Euro, die wir in Deutschland für teure Unterbringungen ausgeben müssen, können wir ein Zigfaches an Positivem in den Heimatländern vieler Flüchtlinge bewegen.

Wir wollen in der Staatsregierung übrigens demnächst darüber reden, dass wir auch ganz gezielt spezielle Projekte im Nahen Osten anpacken und fördern, um dort ein Zeichen zu setzen. Wir allein können aus Bayern nicht die ganze Welt verändern, aber doch Zeichen setzen und deutlich machen, was wir konkret vor Ort tun können.

Integration

Die große Herausforderung der nächsten Monate und Jahre wird sein, die jenigen, die jetzt da sind und hier bleiben dürfen, gut zu integrieren. Integrieren, das heißt in unser Land integrieren, in unsere Rechtsordnung integrieren, in unsere Gesellschaftsordnung integrieren.

Einen Satz, den ich im Herbst vergangenen Jahres in manchen Fernsehdebatten gehört oder in manchem Zeitungskommentar gelesen habe, halte ich im Ubrigen für ziemlich dümmlich, nämlich dass sich Deutschland angesichts der vielen Flüchtlinge, die jetzt zu uns gekommen sind, ändern müsse. Nein, das sehe ich überhaupt nicht so. Ich denke, zu Recht, lieben die Menschen in Bayern ihre bayerische Heimat so wie sie ist. Die Deutschen lieben Deutschland, so wie es ist. Und die Flüchtlinge sind genau in dieses Land auch gekommen, so wie es ist. Die haben vielfach die Möglichkeit gehabt, auch in anderen Ländern zu bleiben und die allermeisten wollten ganz gezielt nach Deutschland, offensichtlich in dieses Deutschland.

Ich glaube, dass solche Sprüche wie Deutschland müsse sich angesichts der Flüchtlinge ändern, viele Menschen in unserem Land **verunsichert** haben. Wir wollen unser Land so bewahren. Wir wollen hilfsbereit sein und die, die bei uns bleiben, die wollen wir gut integrieren.

Integrieren heißt übrigens auch noch mehr als nur die Sprache eines Landes zu lernen. Das ist unabdingbare Voraussetzung. Ohne die Sprache zu kennen kann ich mich in keinem Land der Welt vernünftig integrieren. Aber die Sprache ist nicht genug.

Das ist auch Teil der Sicherheitsprobleme im Moment, die die Franzosen haben. Die haben sich lange ein bisschen trügerisch in Sicherheit gewähnt nach der Vorstellung: Die sprechen alle perfekt Französisch und werden dann schon irgendwie auch alle gute Franzosen sein. Man spürt, da ist ein ganz kleiner Teil unterwegs, die überhaupt nicht integriert sind, sondern völlig andere Zielvorstellungen haben.

Integration ist das Gegenteil von Multi-Kulti. Integration heißt nicht, dass ich beliebig nebeneinander herleben kann. Integration heißt nicht, dass jeder machen kann was er mag. Natürlich sind wir eine sehr freiheitliche Gesellschaft. Aber das, was verbindlich in unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vorgegeben ist, das ist für alle verbindlich. Und da kann auch nicht jemand aus einem anderen Land kommen und sagen, für mich gilt das nicht, weil ich irgendwie an etwas anderes glaube. Nein, das, was wir festgeschrieben haben, das muss für alle gelten und nur so kann auf Dauer dann auch ein vernünftiges Zusammenleben funktionieren.

Bayern

Wohnungspakt Wir müssen auch alles dafür tun, dass wir den Wohnungsbau voranbringen. Wir haben mit den Kommunen und den Kirchen Einvernehmen darüber, dass wir keine speziellen Wohnungssiedlungen für Flüchtlinge errichten, weil das wiederum das Gegenteil von Integration wäre.

Wir haben ohnehin einen Riesenbedarf an Wohnungsbau. Das gilt hier im Großraum München, das gilt in anderen Teilen Bayerns. Wir müssen den Wohnungsbau forcieren und dann muss dabei auch Platz für viele Flüchtlinge sein.

Kommunen wesentlich mehr Bauland ausweisen. Ich bin sehr dankbar für das Engagement der Kirchen, gerade bei der Aufnahme von Flüchtlingen, bei der Hilfe von Flüchtlingen und auch bei der Integration von Flüchtlingen. Ich zähle auch auf die Amtskirchen, wenn es darum geht, einen Beitrag zum Wohnungsbau zu leisten. Denn nach Bund, Land und Kommunen sind zweifellos die beiden großen Kirchen die größten Grundbesitzer in unserem Land.

Sie brauchen die Grundstücke ja gar nicht hergeben, sondern nur dafür sorgen, dass auf ihrem Land Wohnungen gebaut werden – für die einheimische Bevölkerung wie für Flüchtlinge.

Extremismus

Ablehnung von Schließlich eine letzte Bemerkung: Wenn wir über christliche Ideale reden, dann ist es auch ganz, ganz wichtig, dass wir unmissverständliche Signale geben, immer dort, wo Leute mit Intoleranz, mit Fanatismus oder gar mit Hass auf Ausländer unterwegs sind.

> Man kann sich über die richtigen Wege in der Flüchtlingspolitik trefflich streiten, aber dort wo jemand meint, Selbstjustiz üben zu können, wo jemand mit Gewalt auf Ausländer losgeht, ist das völlig unerträglich ganz egal in welchem Rechtstatus die Betroffenen sind, auch bei jemandem von dem klar ist, dass er unser Land wieder verlassen muss.

> Hier sind auch alle Christen gefordert unmissverständlich deutlich zu machen, dass bei uns der Rechtstaat entscheidet. Dafür haben wir ein ausgebautes Rechtssystem wie kaum in einem anderen Land der Welt. Jeder Ausländer der zu uns kommt, jeder Asylbewerber darf bei uns

vor einem deutschen Verwaltungsgericht gegebenenfalls klagen. Das gibt es zum Beispiel in USA überhaupt nicht. Da können sie den Gnadenerweis der Regierung haben, aber die Möglichkeit, vor Gericht zu klagen, hat da keiner. Und in vielen anderen Ländern auch nicht. Bei uns aber schon: Am Schluss entscheidet der Rechtstaat.

Deshalb erwarte ich in der Tat, dass jeder akzeptiert, wenn das Gericht entschieden hat, er muss unser Land wieder verlassen, dann müssen wir das auch umsetzen. Da kann die Diskussion nicht immer wieder von vorne losgehen.

Aber umgekehrt erwarte ich auch von jedem Mitbürger, wenn genau dieser Rechtstaat entscheidet, dass ein Flüchtling Anspruch hat hierzubleiben, dass dann dies auch jeder zu akzeptieren hat. Keiner hat das Recht, deswegen irgendeine Asylbewerberunterkunft anzuzünden oder gewalttätig auf Asylbewerber loszu-

**gehen**. Auch das müssen wir Christen unmissverständlich deutlich machen und jedem, der anders handelt, massiv entgegentreten.

Schlussworte

Und deshalb sage ich auch im Hinblick auf manche anderen politischen Unternehmungen: Es ist ja schön, wenn sich Menschen für das **christliche Abendland** einsetzen wollen. Aber manchmal ist mir nicht ganz klar, für welche Art von Abendland sich da mancher eigentlich einsetzen will. Denn wenn man für ein wirklich christliches Abendland eintritt, dann braucht man dazu auch eigene Werte. Nur gegen etwas zu sein. vermittelt kein Christentum. Wir müssen schon deutlich machen, für ein christliches Abendland zu sein, das bedeutet einen eigenen Standpunkt zu haben, einen eigenen Glauben zu haben und dafür auch zu werben und einzutreten.

Und deshalb, meine Damen und Herren, bin ich nach wie vor so konservativ zu sagen, wer das christliche Abendland wirklich bewahren will, der sollte besser am Sonntag in die Kirche gehen als am Montag zur Pegida Demo.

Ich freue mich auf eine gute Diskussion mit Ihnen. Vielen Dank!